

Politiker sorgen für Diskussionen, Sie reden mit.

Die Umfrage des Tages von VN und VOL.AT

Der Bundesratspräsident fordert eine Dezentralisierung von Bundesbehörden. Soll sich Vorarlberg um solche bemühen?

Ja: 81,48 Prozent
Nein: 18,52 Prozent

162 Teilnehmer

Heutige Frage: Soll das österreichische Bundesheer zum Einsatz für die gefährliche UN-Mission in Mali herangezogen werden?

Antwortmöglichkeiten bis 19 Uhr auf www.vol.at

Maximilian Gnesda vertritt 1,1 Mill. Schüler

WIEN. Der 18-jährige Maximilian Gnesda (Schülerunion) wurde am Sonntag zum neuen Bundesschulsprecher und somit zum Vertreter von 1,1 Millionen Schülern gewählt. Gnesda besucht die Vienna Business School Schönborn-gasse. Er wurde im Juli zum Landesschulsprecher wiedergewählt und war letztes Jahr bereits Bundesschulsprecherstellvertreter.

„Gemeinsam für Wien“ ohne Wahlplakate

WIEN. Die multikulturelle Liste „Gemeinsam für Wien“ (GfW) steht im Wiener Wahlkampf vor einem Problem: Aufgrund der späten Zulassung zur Wahl besteht laut Verordnung keine Chance mehr, Plakate aufzustellen. Nun bitten Vorstand und Kandidaten der Liste die vier Rathausparteien, auf einem Teil ihrer Plakatflächen für GfW zu werben.

Grüne bängen in Wien und Linz um Koalitionen

WIEN, LINZ. Für die Grünen geht es bei den Herbstwahlen ums Eingemachte. Wenn in Wien die SPÖ stark verliert und in Oberösterreich die ÖVP, könnte das das Ende der einzigen rot-grünen und der ersten schwarz-grünen Koalition bedeuten. Es ist nämlich fraglich, ob die Grünen genug zulegen werden, um den Erhalt der Mandatsmehrheit zu sichern.



Werner Freistetter äußert sich zur Flüchtlingskrise. FOTO: APA

Militärbischof übt Kritik an Grenzzäunen

WIEN. Grenzzäune in Europa sind ein „Symptom der Hilflosigkeit“ und keine Lösung der Flüchtlingsfrage, sagte Militärbischof Werner Freistetter am Sonntag zu „Kathpress“. Es sei nicht die Aufgabe von Soldaten, Flüchtlinge davon abzuhalten, einen Asylantrag zu stellen. Vielmehr sollten sie zu einer menschenwürdigen Behandlung der Geflohenen beitragen.

VN-INTERVIEW Karin Kneissl (50), Nahost-Expertin

„Idealvorstellung von reichem Land“

Die Nahost-Expertin Karin Kneissl will die Golfstaaten mehr in die Pflicht nehmen.

MICHAEL PROCK

E-Mail: michael.prock@vorarlbergnachrichten.at
Telefon: 05572/501-633

SCHWARZACH. Karin Kneissl ist eine der führenden Expertinnen, wenn es um den Nahen Osten geht. Im Interview spricht sie über erwartete demografische Veränderungen in Europa, Lohndumping und Derrick.

Wer sind die jungen Männer, die zu uns flüchten?

KNEISSL: In den arabischen Staaten hat es seit 1985 einen demografischen Umbruch gegeben. Die Bevölkerung hat sich verdoppelt, das Durchschnittsalter beträgt 17 bis 25 Jahre. Und gerade diese jungen Männer sind zornig. Sie haben keine Perspektive in ihrem Land, können sich keinen Status aufbauen, haben keine Wohnung und keine Arbeit. Auch darum wurde die Arabische Revolution losgetreten.

Die auch nichts geändert hat?

KNEISSL: Genau. Deshalb kommt es zum Exodus junger Männer. Nicht nur aus Kriegsgebieten, auch aus Ägypten zum Beispiel. Diese Situation hatten wir übrigens in der Vergangenheit hier in Europa, damals wurden die jungen Männer in Kolonien oder in den Krieg geschickt.

Und diese Männer werden sich hier mit dem Nötigsten begnügen?

KNEISSL: Jetzt leisten der Staat und die Bevölkerung einmal Nothilfe. Es gibt Wasser und ein Dach über dem Kopf. Aber irgendwann werden sie Arbeit suchen. Natürlich sind da ersehnte Fachkräfte dabei, aber es wird zu einem Problem auf dem Arbeitsmarkt kommen.

Welches Problem?

KNEISSL: Lohndumping zum Beispiel. Das ist im Libanon zu beobachten, wo derzeit 1,6 Millionen Flüchtlinge leben. Ein Türsteher verdient zum Beispiel 200 Dollar. Dann sagt ein syrischer Flüchtling, dass er die gleiche Arbeit für 80 Dollar macht. Das schafft Ressentiments.

Die Flüchtlingswelle von 1956 hat der Arbeitsmarkt aber gut verkräftet.

KNEISSL: Da muss ich widersprechen. Damals gab es viele Landwirte und andere Betriebe, die ungelernete Kräfte brauchen konnten. Schauen Sie sich den Arbeitsmarkt an: Vor wenigen Jahren haben an einer Tankstelle noch mehrere Menschen gearbeitet. Diese Stellen wurden wegrationalisiert.

Wird sich die aktuelle Situation lediglich auf den Arbeitsmarkt auswirken, oder wird die kom-

Zur Person

Dr. Karin Kneissl

- » Vizepräsidentin der Gesellschaft für politisch-strategische Studien
- » Gründungsmitglied der österreichischen Sektion von Ärzte ohne Grenzen
- » Gründungsmitglied von Whistleblowing Österreich
- » Arbeitete im Außenministerium, schreibt als freie Journalistin für diverse Printmedien



Karin Kneissl befürchtet, dass es zu Lohndumping auf dem Arbeitsmarkt kommt.

FOTO: KK

plette Gesellschaft betroffen sein?

KNEISSL: Wir reden hier nicht von einigen Tausend Flüchtlingen. Laut dem Hochkommissar für Flüchtlinge der UNO (UNHCR, Anm.), wollen acht bis zehn Millionen Menschen den Nahen Osten verlassen. Das wird große demografische Auswirkungen haben.

Das heißt, es kommt zu einem Zusammenprall von Kulturen?

KNEISSL: Nicht unbedingt zwischen den Kulturen. Aber die Menschen kommen aus Regionen mit starken innerstaatlichen Konflikten. Es gibt muslimische Klüfte innerhalb der Wanderbewe-

gung. Und viele dieser jungen Männer sind politisiert.

Muss sich die EU etwas überlegen? Eine verpflichtende Quote zur Aufteilung vielleicht?

KNEISSL: Ich glaube nicht, dass Europa eine Lösung findet. Polen bereitet sich lieber auf ukrainische Flüchtlinge vor, Tschechien sagt: Die wollen nicht zu uns oder nach Ungarn. Die Verteilung wird nicht funktionieren. Ich glaube nicht, dass Europa alle aufnehmen kann. Zudem müssten die reichen arabischen Golfstaaten in die Pflicht genommen werden.

Einige sagen, die angeblich hohe Zahl an Wirtschafts-

Asyl. Menschlich ist jede Flucht nachvollziehbar, aber es bringt unsere Gesellschaft in ein Dilemma.

Durch die Aussage Deutschlands soll sich ein reger Passschwarzmarkt entwickelt haben?

KNEISSL: Ja, das kommt immer wieder vor. In Deutschland soll es schon zu Problemen in der zuständigen Behörde gekommen sein. Es ist schwer zu unterscheiden, ob die Herkunftsangaben richtig sind. Vielleicht ginge das mit einem Sprachwissenschaftler, der Dialekte beurteilen kann.

Wieso wollen derzeit eigentlich alle nach Deutschland? Wegen der Sozialleistungen?

KNEISSL: Sicher in erster Linie wegen der staatlichen Unterstützung. Hinzu kommen ideale Vorstellungen von einem reichen Land und Erzählungen von Freunden. Deutsche TV-Serien wie Derrick sind im arabischen Raum beliebt. Und was sehen die Menschen, wenn sie deutsche Serien sehen? Wohlstand.

Jetzt sind die Menschen schon hier. Sie haben viel auf sich genommen und ihre Heimat verlassen. Helfen müssen wir jetzt einmal, oder?

KNEISSL: Klar, das ist ein Faktum. Die sind hier, wir helfen jetzt. Die Zusammensetzung der Fluchtbewegung hat sich auch verändert, ich sehe viel mehr Familien. Wer diese Extremsituation erlebt, 12.000 Euro für seine Flucht bezahlt und Angehörige verloren hat, der ist froh, dass er da ist. Wahrscheinlich wird er hier bleiben.

Faymann: Lager im Nahen Osten unterstützen

WIEN. Bundeskanzler Werner Faymann meinte in der ORF-Sendung „Hohes Haus“ am Sonntag, dass die EU mit 1,5 Mrd. Euro die Flüchtlinge vor Ort unterstützen sollte. Konkret sollten die Finanzmittel an die UN-Flüchtlingsorganisation UNHCR fließen, und zwar für die Lager in der Türkei, im Libanon und Jordanien. Bei einer Beteiligung der USA und der Golfstaaten könnten so etwa drei bis fünf Mrd. Euro direkt zur Unterstützung der Flüchtlinge im Nahen Osten wirksam werden. Es gehe darum, dass die Menschen dort menschenwürdig leben können. Weiters trete der Kanzler für Hotspots in Griechenland und Italien ein.

Klug will Heer-Beteiligung an riskanter UN-Mission

Österreich will sich an riskanter UN-Mission in Mali beteiligen.

WIEN. Nach den Plänen von Verteidigungsminister Gerald Klug (SPÖ) soll Österreich sein Engagement in Mali deutlich ausweiten. Neben der bisherigen Beteiligung an der EU-Trainingsmission (EUTM) soll sich das Bundesheer demnach auch an der derzeit als gefährlichsten UNO-Mission geltenden MINUSMA (Multidimensional Integrated Stabilization Mission in Mali) beteiligen. Der Plan sei bereits mit dem Koalitionspartner abgesprochen, erklärte Klugs Sprecher

Andreas Strobl gegenüber der APA. Klug will demnach der UNO für MINUSMA zunächst zehn Stabsoffiziere und fünf Militärbeobachter anbieten.



Das Bundesheer soll bald in Mali eingesetzt werden. VN/STEURER

Nach Beschlüssen durch den Ministerrat und den Hauptausschuss des Nationalrats könnte die österreichische Beteiligung bereits Anfang 2016 starten.

Das Schwergewicht der seit 2013 laufenden UN-Mission liegt im unruhigen Norden Malis. Im Rahmen des Einsatzes wurden bereits Dutzende Blauhelme getötet. Nicht auszuschließen ist, dass österreichische Soldaten auch in Kampfhandlungen involviert werden. Grundsätzlich sei das Stabpersonal aber nicht im Feld unterwegs, sagte Strobl. Sie würden in erster Linie für Planung und Verwaltung eingesetzt.

Karikatur

Die Präsidenten-Maske!



SILVIO RAOS, RAOS-KARIKATUREN.AT